XXII. GP.-NR 4479 /J 30. Juni 2006

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Ruth Becher

und GenossInnen

an die Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

betreffend freiheitlicher Missbrauch von öffentlichen Ressourcen

Erst kürzlich wurde die Gesundheitsministerin von der Anfragestellerin mit einer Einladung des freiheitlichen Parlamentsklubs und Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien konfrontiert, die auf Kosten ihres Ressorts versendet wurde. In der Anfragebeantwortung 3940/AB XXII. GP.-NR gab sich die Ministerin ob der Erfolglosigkeit ihrer Nachforschungen ratlos, nahm die Anfrage in dieser Sache aber zum Anlass, ein "Rundschreiben an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (zu) erlassen, in dem diese nochmals (sic!) darauf hingewiesen wurden, dass die Abfertigung privater Post sowie die Versendung von Postsendungen, Werbematerial, Broschüren etc. im Auftrag fremder Organisationen über das Supportcenter untersagt ist und gegebenenfalls disziplinarrechtliche Maßnahmen einzuleiten wären".

Ein ähnlicher Fall missbräuchlicher Verwendung öffentlicher Ressourcen liegt der Anfragestellerin nun wieder vor. Diesesmal handelt es sich um einen von einem Faxgerät der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) versendeten Antrag des Klubs der freiheitlichen Bezirksräte Wien – Donaustadt (siehe Anhang) an die Adresse der Bezirksvorstehung für den 22. Bezirk.

Da der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemeinsam mit der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen als Eigentümervertreter der AGES fungiert, richten die unterzeichneten Abgeordneten in diesem Zusammenhang an ersteren nachstehende

Anfrage:

- Ist Ihnen bekannt, dass am 16. Juni 2006 von einem Faxgerät der Bundesagentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit ein Dokument des Klubs der freiheitlichen Bezirksräte Wien – Donaustadt versandt wurde?
- 2. Wie beurteilen Sie als Eigentümervertreter der AGES den unter 1. dargestellten Sachverhalt?
- 3. Teilen Sie die Einschätzung der Anfragestellerin, dass der unter 1. angeführte Sachverhalt eine missbräuchliche Verwendung bundeseigener Ressourcen für parteipolitische Zwecke darstellt?
- 4. Wenn ja, werden Sie daran gehen, den Absender der obgenannte Faxsendung zu eruieren und bei allfälligem Feststehen des Verursachers entsprechende rechtliche Schritte einleiten?
- 5. Wenn nein, warum nicht?
- 6. Was werden Sie unternehmen, um die ressortfremde Nutzung von bundeseigenen Ressourcen und Geräten in Hinkunft hintanzustellen?

Whino hollbane

M 1000

3 von 3



Antrag an die Bezirksvertretung Wien-Donaustadt in der Sitzung am 22.06.2006

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Wien dafür Sorge tragen, dass der Korsenweg - Verbindung zwischen Ulanenweg und Schilfweg nähe Mühlwasser - nur als Zufahrt für Anrainer, wie gekennzeichnet, benützt wird. Eine Überwachung der dortigen 30er Zone sowie der Zufahrtsregelung wäre angebracht.

An der Kreuzung Schilfweg - Korsenweg kommt es bei der Einfahrt vom Korsenweg als Rechtskommender in den Schilfweg mangels Einsicht auf den fließenden Verkehr Richtung Lobaugasse zu gefährlichen Situationen. Um ein übersichtliches und somit gefahrenloses Einbiegen in den Schilfweg zu ermöglichen, wäre die Errichtung eines Spiegels, der die notwendige Einsicht gewährt, erforderlich.

Weiters ist der Korsenweg aufgrund von Frostaufbrüchen stark beschädigt. Eine Sanierung des Fahrbahnbelages ist ebenfalls notwendig.

Begründung

Wunsch der Anrainer.

ela Schütz

BR Gerald Eisenbart

Bezirksvorsteher f. d. 22. Bez.

Eingel. 1 6. JU!' 2006

7ahl 2462/06/1 Blg.